

# Die sechs grössten Irrtümer über Zuwanderung

Die Session wird einmal mehr vom Thema Migration geprägt. Der Ständerat hat eben das Asylrecht weiter verschärft. In fast keiner anderen Debatte wird so hitzig gestritten, in keiner halten sich so viele Mythen: Warum fast alles falsch ist, was wir über die Migration zu wissen glauben. **Von Alan Cassidy**

BORJA SUAREZ / REUTERS



Der Anteil an Migranten und an Flüchtlingen ist gemessen an der Weltbevölkerung seit Jahren erstaunlich stabil: Spielende Kinder in einem Flüchtlingslager im algerischen Tindouf. (Dezember 2023)

Es ist das politische Thema, das alle anderen überstrahlt, zumindest in den Demokratien des Westens, zumindest im vergangenen Jahrzehnt. Der Streit über die Zuwanderung in all ihren Formen, vom Zuzug von Fachkräften bis zu Flüchtlingen, hat Gesellschaften verändert. Er verhalf Donald Trump zu seiner Wahl zum US-Präsidenten. Er machte den Brexit möglich. Er liess neue rechtspopulistische Kräfte aufsteigen (in Deutschland oder Italien) und liess bestehende rechte Parteien noch stärker werden (in der Schweiz).

Die Migrationsdebatte polarisiert wie keine andere - und sie wird so faktenfrei geführt wie keine andere. Das sagt der niederländische Migrationsforscher Hein de Haas, der sich seit drei Jahrzehnten damit befasst. Er befragt Migranten in Feldstudien, packt komplexe Datensätze in statistische Modelle und wertet Forschungsarbeiten anderer aus. Doch wenn er sich die öffentliche Diskussion über Migration ansieht, ist de Haas zunehmend frustriert. Letztlich werde alles darauf reduziert, ob jemand für oder gegen Zuwanderung sei, sagt er. «Und alle Seiten arbeiten mit falschen Annahmen und verbreiten Mythen.»

In seinem neuen Buch greift de Haas deshalb die populärsten Erzählungen über Migration auf und widerlegt sie. Er folgt dabei einer globalen Perspektive. Und er kritisiert dabei sowohl rechte Abschottungsphantasien als auch linke Versprechungen - worauf auch Schweizer Politikerinnen und Politiker von rechts und von links reagieren.

### Mythos Nr. 1:

## Die aktuelle Migration bricht alle Rekorde

**Wir leben im Zeitalter einer nie da gewesenen Massenmigration. Eine Völkerwanderung gerät ausser Kontrolle. Diesen Eindruck vermitteln Politiker und Medien täglich. Aber er ist falsch.**

Noch Anfang des 20. Jahrhunderts war Europa ein Ort, aus dem viele Menschen weg wollten. Heute ist der Kontinent eines der wichtigsten Ziele von Migranten. Doch global gesehen treffe das Gerüde von der rekordhohen Migration nicht zu, sagt de Haas. Zwar ist die Zahl der internationalen Migranten gestiegen: von 93 Millionen im Jahr 1960 auf 247 Millionen 2017. Doch die Weltbevölkerung ist in dieser Zeit genauso stark gewachsen. «Der Anteil der Migranten ist also erstaunlich stabil bei rund 3 Prozent der Weltbevölkerung», sagt de Haas.

Das gilt auch für Flüchtlinge: Deren Anteil schwankt seit den 1950er Jahren konstant zwischen 0,1 und 0,35 Prozent der Weltbevölkerung - je nachdem, wo und in welcher Schwere ein Konflikt tobt. Woher kommt also die Vorstellung, dass es immer mehr Migranten werden? Dass es immer mehr Flüchtlingswellen gibt? Hein de Haas gibt die Schuld dafür rechten Politikern, die mit Angstmacherei Wahlen gewinnen wollen - aber auch migrationsfreundlichen Organisationen wie dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR). Ihnen wirft er vor, dass sie Migrantenzahlen «aufblähen und falsch darstellen, offenbar in der Hoffnung auf Aufmerksamkeit und Gelder».

Er belegt diesen Vorwurf mit einem Verweis auf die Angaben des UNHCR. So ist die Zahl der globalen Flüchtlinge von 1 Million im Jahr 1951 auf 200 Millionen im Jahr 2022 gestiegen. De Haas stellte jedoch fest, dass das Hilfswerk zu Beginn lediglich die Daten von 21 Ländern erhoben hatte. Mit jedem Jahr, in dem es mehr Länder berücksichtigte, wurde auch die Zahl der Flüchtlinge grösser. «Der vermeintliche Anstieg der Flüchtlingszahlen ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Produkt der Statistik», sagt er.

### Mythos Nr. 2:

## Migration lässt sich mit Entwicklungshilfe eindämmen

**Um die Migration zu bremsen, muss man die Fluchtursachen bekämpfen - allen voran die Armut. Mehr Entwicklungshilfe führt dazu, dass weniger Migranten ihre Heimat verlassen.**

Der Zusammenhang klingt plausibel: Wenn Menschen in armen Ländern vor Ort genügend Perspektiven haben, nimmt auch der Wunsch ab, sich im Ausland ein neues Leben aufzubauen. Die Schweiz hat es deshalb 2019 gar zu einem strategischen Ziel ihrer Aussenpolitik erklärt, die Entwicklungszusammenarbeit mit einer Reduktion der Migration zu

verknüpfen. «Für mich ist zentral, dass wir das Geld für die Entwicklungshilfe so effizient verwenden, dass wir als Schweizerinnen und Schweizer etwas spüren - dass wir weniger Migration haben», sagte die Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter in einer «Arena»-Diskussion zum Thema.

Aber führt mehr Entwicklungshilfe tatsächlich dazu, dass sich weniger Menschen auf den Weg nach Europa oder in die USA machen? Nein, sagt Hein de Haas, im Gegenteil. «Die Migration nimmt zu, wenn arme Länder reicher werden.» Mit steigendem Vermögen und zunehmender Bildung erhielten die Menschen in armen Ländern mehr Möglichkeiten zu einer Auswanderung. Und: «Entwicklung nährt auch ihre Ambitionen. Wenn Menschen die Schule besuchen, Medien konsumieren, Handys besitzen und selbst reisen, weitet sich ihr geistiger Horizont.»

Der amerikanische Ökonom Michael Clemens hat dieses Verhältnis auf zwei Kennzahlen verdichtet: Die Auswanderung eines Landes schwächt sich erst ab, wenn das jährliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf die Schwelle von 5000 Dollar überschreitet. Erst ab einem Einkommen von 10 000 Dollar wird aus einem Netto-Auswanderungsland ein Netto-Einwanderungsland - wie es etwa in Spanien, Italien und Irland geschah. Das heisst: Entwicklungshilfe kann die Auswanderung aus sehr armen Ländern sogar befördern, indem es ihren Menschen Mittel und Wege dazu gibt.

Zu diesem Schluss kommt auch eine gross angelegte Studie des Kieler Instituts für Wirtschaftsforschung vom vergangenen Jahr. Die Ökonomen fanden heraus, dass sich die Menschen vor allem dann von der Auswanderung abhalten lassen, wenn die Hilfe in die Landwirtschaft oder die Ausbildung investiert wird. Selbst dann sei die Wirkung auf die Migration aber begrenzt.

Alles vergebens also? Keineswegs, sagt der SP-Nationalrat Fabian Molina, der auch Co-Präsident des Hilfswerks Swissaid ist. Er teilt die Beobachtung, dass die Migration aus armen Ländern nicht unbedingt abnimmt, wenn dort das Wohlstandsniveau steigt. Aber es gebe indirekte Effekte der Entwicklungszusammenarbeit, sagt Molina: «Wenn man es schafft, die Staatlichkeit zu stärken, die Korruption zu bekämpfen und Konfliktprävention zu betreiben, gibt es weniger gewaltsame Auseinandersetzungen, die die Menschen in die Flucht treiben.»

### Mythos Nr. 3:

## Migration ist die verzweifelte Flucht aus dem Elend

**Die Not bewirkt, dass Millionen von Migranten auf falsche Versprechen von Schleppern hereinfallen. Sie kommen mit falschen Vorstellungen, obwohl sie hier nichts erwartet.**

Die EU und auch die USA stecken viel Geld in Kampagnen, mit denen sie Migranten schon in ihren Herkunftsländern von der Abreise abschrecken wollen. In Videoclips treten Auswanderer auf, die in drastischen Tönen davon erzählen, wie sie als moderne Sklaven in Europa ausgebeutet werden. Die Botschaft ist: Glaub den Schleppern nicht, die euch ein besseres Leben versprechen! Auf euch warten nur Gefahren.

Wer jedoch glaube, dass solche Aktionen wirkten, habe ein falsches Bild von Migration, sagt Hein de Haas. «Dahinter steckt die Vorstellung, dass es sich bei der Migration - auch der illegalen - um eine irrationale Verzweiflungstat handelt.» In der öffentlichen Debatte dominieren Geschichten über Armut und Gewalt, die Menschen zur Ausreise zwingen. «Das entspricht den westlichen Klischees der Entwicklungsländer als Morast von Elend und Tyrannei, dem alle entkommen wollen.»

Die Wirklichkeit sei aber eine andere. «In der Regel ist Migration keine verzweifelte Flucht, sondern eine kalkulierte Investition in eine bessere Zukunft.»

De Haas hat selbst mehrfach in Marokko gelebt, wo ab den 1990er Jahren Hunderttausende Menschen nach Europa aufbrachen, legal und illegal. Seine und andere Feldforschungen hätten gezeigt: «Den meisten Migranten geht es nicht um das schnelle Geld. Migranten sind keine Glücksritter, welche die Ersparnisse ihrer Familie verzocken. Vielmehr ist die Migration eine Investition in das langfristige Wohl der Familie.» Und diese Investition lohnt sich in den meisten Fällen auch: weil die Wirtschaft im reichen Norden letztlich von Arbeitsmigranten abhängig ist.

Als Beleg für den Erfolg dienen de Haas die Geldüberweisungen der Migranten in ihre Heimatländer. Sie betragen nach einer Schät-

### Hein de Haas



**Der Niederländer Hein de Haas, Jahrgang 1969, ist Professor für Soziologie an der Universität Amsterdam und Professor für Migration und Entwicklung in Maastricht. Er forscht seit drei Jahrzehnten zu den sozio-ökonomischen Ursachen von Migration. Von 2006 bis 2015 lehrte er an der University of Oxford. De Haas forschte unter anderem in Marokko, der Türkei und Ägypten. Sein neuestes Buch heisst «Migration: 22 populäre Mythen und was wirklich hinter ihnen steckt».**

## Erhebung seit 2020

# Zahl der Gewaltfälle in den Asylzentren des Bundes hat sich verdoppelt

Ein Asylsuchender klettert stark alkoholisiert und unter Einfluss von Cannabis über den Schutzzaun und dringt ins Bundesasylzentrum in Basel ein. Auf dem Gang kommt es zum gewaltsamen Streit mit einem anderen Asylsuchenden, der Sicherheitsdienst geht dazwischen. Weil die Situation eskaliert, müssen Polizei und Sanität aufgebeten werden.

Dieser Zwischenfall ereignete sich im Mai 2021 und ging als sicherheitsrelevanter Vorfall in die Statistik des Staatssekretariats für Migration (SEM) ein. Seit 2020 wertet das SEM alle Ereignisse in den Zentren aus, welche einen Polizeieinsatz, körperlichen Zwang und/oder den Einschluss in einen Sicherheitsraum zur Folge haben. Die Skala reicht von Streitereien bei der Essensausgabe über Belästigungen bis zu Tötlichkeiten. Nun zeigt eine aktuelle Aufstellung des Bundes, die der «NZZ am Sonntag» vorliegt: Innert drei Jahren hat sich die Zahl solcher sicherheitsrelevanten Vorfälle verdoppelt; 2023 erreichte sie einen neuen Höchststand.

Insgesamt 1368 Mal musste letztes Jahr die Polizei oder der interne Sicherheitsdienst intervenieren, mehr als dreimal pro Tag. Zum Vergleich: 2020 kam es zu 672 Einsätzen. Die SVP-Nationalrätin Martina Bircher ist alarmiert: «Mir macht das Angst, denn viele dieser Menschen werden für immer in der Schweiz bleiben.» Die Zunahme zeige, dass das Schweizer Asylsystem nicht funktioniere. «Unser Rechtsstaat kapituliert vor diesen Leuten und hat keine Antworten. Ausser ein paar Stunden in der Arrestzelle passiert nichts.»

### Maghreb im Zentrum

Auch der FDP-Ständerat Damian Müller ist beunruhigt: «Jeder Vorfall ist ein Vorfall zu viel. Kriminelle oder gewalttätige Handlungen dürfen in der Schweiz nicht toleriert werden.» In einer Motion fordert er den Bundesrat zu mehr Härte auf. Die Schweiz müsse unverzüglich Verhandlungen mit Marokko über ein Rückübernahmeabkommen aufnehmen, um die Organisation «von zwangsweisen Rückführungen per Sonderflug» zu ermöglichen.

Dass Müller ausgerechnet auf Marokko zielt, ist kein Zufall: 70 Prozent der sicherheitsrelevanten Vorfälle gehen auf Personen

aus den nordafrikanischen Ländern zurück, wie das SEM bestätigt. «Die gestiegene Anzahl der sicherheitsrelevanten Vorfälle erklärt sich mit der stark gestiegenen Zahl an Asylgesuchen seit 2021, im Besonderen mit dem Anstieg der Übernachtungszahlen von Personen aus Maghrebstaaten», schreibt ein Sprecher.

Er betont, dass es sich um eine kleine Minderheit handle, die negativ auffalle. Die grosse Mehrheit verhalte sich jederzeit korrekt und leide genauso unter der Gewalt wie die Betreuenden und das Sicherheitspersonal. Das SEM verweist auf die Massnahmen, die bereits getroffen wurden: muslimische Seelsorge, verbessertes Beschwerdemanagement, intensivierte Zusammenarbeit mit Suchtmedizinern. Weiter hat das SEM seit Februar 2021 über hundert neue Vollzeitstellen geschaffen, um die Konfliktprävention in den Zentren zu verbessern. Offensichtlich gelingt das nicht immer.

### Relative Besserung

Gleichzeitig zeigen die Zahlen des SEM aber auch: Die Anzahl sicherheitsrelevanter Vorfälle ist nur in absoluten Zahlen gestiegen. Gemessen an der Anzahl Asylgesuche kommt es heute sogar zu weniger Problemen als vor drei Jahren. Pro 100 000 Übernachtungen gab es im Jahr 2020 98 solcher Zwischenfälle, 2023 nur noch 58.

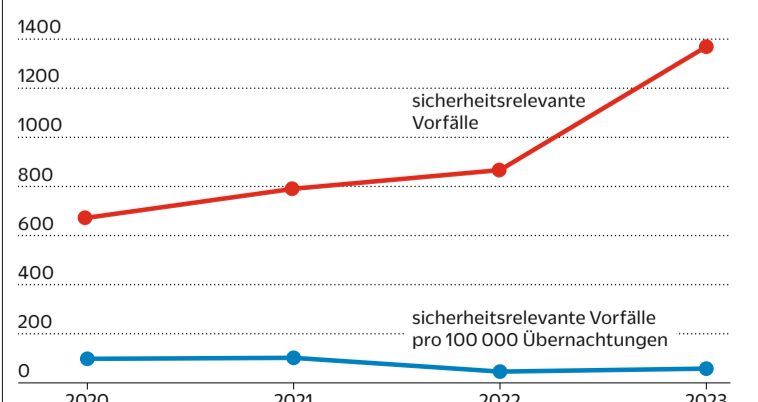
Aufgrund dieser Entwicklung sagt die SP-Nationalrätin Samira Marti, dass sich die Situation nicht etwa verschlechtert, sondern verbessert habe. «Wir haben ein geordnetes Asylwesen, die SVP-Propaganda vom Asylchaos ist falsch», hält sie fest. Bircher widerspricht: Mathematisch stimme diese Argumentation, doch es sei ebenso eine Tatsache, dass mit den steigenden Asylzahlen auch mehr problematische Menschen ins Land einreisten. «Es ist ein Mengenproblem. Es kommen einfach zu viele.»

Beim Bund ist man sich der Problematik bewusst. Als Reaktion auf die Gewalt- und Kriminalitätsprobleme mit Personen aus den Maghrebstaaten kündigte der für das Asyl-dossier zuständige Justizminister Beat Jans Ende Februar neue Massnahmen an, um die Zahl aussichtsloser Asylgesuche zu senken.

Georg Humbel, Andrea Kučera

### Doppelt so viele Gewaltprobleme wie 2020

#### Entwicklung der Anzahl sicherheitsrelevanter Vorfälle in den Bundesasylzentren der Schweiz



## Die sechs grössten ...

Fortsetzung von Seite 17

zung der Weltbank von 2023 rund 670 Milliarden Dollar, mehr als doppelt so viel wie die staatliche Entwicklungshilfe. Diese Überweisungen sorgen bei Millionen von Familien für ein besseres Leben. Hinzu kommt, dass Migranten oft ihre Familie nachziehen können. «Migranten sind mündige Menschen», sagt de Haas. Sie seien sich der hohen Kosten der Auswanderung durchaus bewusst: eine teure und manchmal gefährliche Reise, Jahre der Schwerarbeit und Einsamkeit in einem neuen Land. «Aber letztlich wandern sie aus, weil sie die Vorteile kennen.»

In der Schweiz ist es vor allem die SVP, die für Abschreckung und Härte gegenüber Migranten plädiert, zumindest im Asylbereich. Doch auch die SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann glaubt nicht, dass sich damit viele abschrecken lassen. Wenn man sich etwa die hiesige Unterbringung von minderjährigen Asylsuchenden anschau, müsse man festhalten: «Das sieht mancherorts nicht viel besser aus als in einem Gefängnis.» Trotzdem gebe es dazu keine Alternative: «Wenn wir es jungen Asylsuchenden allzu gemächlich machen, schicken noch viel mehr Eltern in Afghanistan und Syrien ihre Kinder auf den Weg zu uns.»

### Mythos Nr. 4: Der Klimawandel entfesselt eine Völkerwanderung

**Als Folge der steigenden Temperaturen wird die Lebensgrundlage für die Menschen im globalen Süden vernichtet. Der Klimawandel wird zum Treiber einer neuen Massenmigration.**

Klimawandel und Massenflucht: In den Köpfen vieler Menschen gehört beides untrennbar zusammen. Die Folgen der Erderwärmung - steigende Meeresspiegel, Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürren - werden in der Vorstellung vieler eine Völkerwanderung vom globalen Süden in den Norden auslösen. Die Weltbank schätzt, dass bis zum Jahr 2050 bis zu 216 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen werden könnten.

Hein de Haas hält diese Dimensionen für Unfug. «Der Klimawandel ist real, die Massenflucht ist es nicht.» Die entsprechenden Prognosen gingen an allem vorbei, was man aus der Forschung über das Wechselspiel zwischen Umweltveränderungen und Migration wisse. Es handle sich um «Pseudowissenschaft»: Die Umwelt sei nur einer von vielen Faktoren, der Menschen zur Auswanderung bewege, aber nie der einzige.

Die apokalyptischen Berichte über Gegenden, die im Meer versinken, übersähen zudem etwas: In vielen Küstengebieten und Inselnationen werde der Anstieg des Meeresspiegels durch die vermehrte Ablagerung von Sedimenten und die Entstehung von neuem Land aufgefangen. Damit meine er nicht, dass die zerstörte Natur nicht Menschen zur Flucht zwingt, sagt de Haas.

Doch zahlreiche Untersuchungen hätten gezeigt, dass die Menschen es nach einer Umweltkatastrophe vorzögen, ihre Heimat nicht

zu verlassen, und alles täten, um dort bleiben zu können. «Die meisten Menschen fliehen nur vorübergehend und über kurze Distanzen ins Nachbardorf oder in eine nahe gelegene Stadt.»

Oft diene der Klimawandel aber Regierungen im Süden als Ausrede für eine verfehlte Politik, sagt de Haas. Neben bewaffneten Konflikten und Verfolgungen seien Entwicklungsprojekte - Staudämme, Industrie, Tourismus und Wohngebiete für Reiche - die Hauptursachen dafür, dass Menschen vertrieben würden: «Pro Jahr müssen 10 bis 15 Millionen Menschen solchen Grosseprojekten weichen. Die Vertriebenen gehören meist zu den Schwächsten der Gesellschaft.» Die Migration ins Ausland können sich diese Leute gar nicht leisten.

Der SP-Politiker und Swissaid-Co-Präsident Fabian Molina widerspricht der Aussage nicht grundlegend. Aber er sagt: «Natürlich kommen nicht gleich Millionen Geflüchtete aus Bangladesh nach Europa. Aber auch die Binnenmigration, die durch den Klimawandel verursacht wird, führt zu einer Notlage. Man sollte das Wohl und die Rechte von geflüchteten Menschen nicht danach beurteilen, ob sie bei uns landen oder sonst wo.»

### Mythos Nr. 5: Zuwanderung lässt sich durch Abschottung verringern

**Um die Migration zu bremsen, muss man sie möglichst erschweren. Nur mit restriktiven Einwanderungsgesetzen und einem rigorosen Grenzschutz hält man Einwanderer ab.**

Es klingt einleuchtend: Je schärfer die Bedingungen, die eine Regierung zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen aufstellt, und je höher die Mauern, die sie hochzieht (tatsächlich und im übertragenen Sinn), desto weniger Einwanderer kommen ins Land. Das Problem dabei: Es gibt laut Hein de Haas mindestens vier unbeabsichtigte Effekte, die erklären, warum sich harte Beschränkungen der Migration oft anders auswirken als geplant.

Die ersten beiden Gründe sind naheliegend. Da ist erstens das, was die Migrationsforschung den «Wasserbett-Effekt» nennt: Zuwanderungsbeschränkungen in einem Land lenken die Migration einfach zu anderen Zielen um. Da ist zweitens die Tatsache, dass die Beschränkungen Zuwanderer in den Untergrund zwingen. Man sieht das gut in den USA, wo eine Regierung nach der anderen die legale Einwanderung erschwerte - aber nicht verhindern konnte, dass immer mehr Migranten ins Land drängen, um dort zu arbeiten.

Überraschender ist dagegen ein dritter Effekt: Abschottungspolitik führt dazu, dass sie eigentlich befristet anwesende Zuwanderer zum dauerhaften Aufenthalt zwingt, weil diese im Fall einer Ausreise befürchten müssen, nicht wieder zurückkehren zu können. «Solange die Grenzen offen sind, verläuft Migration oft zirkulär und folgt der Konjunktur», sagt de Haas. Das heisst: Bei einer wirtschaftlichen Flaute kehren viele Migranten für einige Jahre in ihre Heimat zurück.

Und nicht nur dann. Während seiner Feldforschung in Marokko sprach de Haas mit vielen Männern mittleren Alters, die früher oft die Fähre bestiegen hatten, die sie ins nur vierzehn Kilometer entfernte Spanien brachte. Dort arbeiteten sie für ein paar Monate auf

### Abschottungspolitik führt dazu, dass sie eigentlich befristet anwesende Zuwanderer zum dauerhaften Aufenthalt zwingt.

einem Bauernhof oder einer Baustelle und führen dann wieder zurück nach Hause, um im Jahr darauf wiederzukommen. Migration als Kreisverkehr. Das war möglich, weil Spanien bis 1991 keine Visumpflicht für Marokkaner kannte. «Die offenen Grenzen funktionierten wie eine Drehtür, und die marokkanische Gemeinde in Spanien blieb klein.»

Mit der Einführung der Einreisebeschränkungen im Schengen-Raum waren Visa aber nur noch schwer zu erhalten, und viele Marokkaner, die schon im Land waren, blieben. Das sei ein wiederkehrendes, völlig unterschätztes Muster der Migrationspolitik, sagt de Haas: Werden die Grenzen geschlossen, bleiben viele Migranten, die sonst wieder gegangen wären. «Weil Politiker nur einseitig darauf schauen, wie viele Menschen ins Land kommen, sehen sie nicht, wie sich ihre Entscheidungen auf Rückströme und die Zirkulation auswirken.»

Und dann ist da schliesslich auch noch das, was de Haas die «Torschluss-Migration» nennt: Historisch gesehen sind harte Zuwanderungsstopps oft mit einem rasanten Anstieg von Migranten verbunden, die den Beschränkungen zuvorkommen möchten. So geschah das zum Beispiel in Grossbritannien und den Niederlanden, die in den 1960er und 1970er Jahren die Zuwanderung aus ihren ehemaligen Kolonien erschwerten, die für deren Bürger lange unkompliziert und berechenbar war. Kaum zeichneten sich die höheren Hürden ab, machten sich Hunderttausende Menschen umgehend auf in das frühere Mutterland.

### Mythos Nr. 6: Massenmigration schafft Parallelgesellschaften

**Die starke Zuwanderung der vergangenen Jahre ist in Europa unweigerlich mit der Entstehung von Migranten-Ghettos verbunden. Sie machen die Integration ganzer Gruppen unmöglich.**

Wird in Europa über Zuwanderung gestritten, fällt oft der Verweis auf Gegenden, die extrem stark von ausländischen Gemeinschaften geprägt sind: Berlin-Neukölln, die Pariser Banlieue Clichy-sous-Bois, der Stadtteil Molenbeek in Brüssel. Von «Pulverfässern» ist dann die Rede, in die sich nicht einmal mehr die Polizei wage, nicht selten fällt der Vergleich mit amerikanischen Innenstädten, die noch immer durch Rassentrennung gekennzeichnet sind. Dänemark hat 2018 ein Gesetz zur «Beseitigung der Ghettos bis 2030» erlassen, Schweden ging ähnlich vor.

Verbunden wird dies jeweils mit Warnungen vor «Parallelgesellschaften». Der deutsche Historiker Jochen Oltmer findet nur schon das Wort falsch: Parallelgesellschaft sei ein Kampfbegriff, sagte er gegenüber der «Zeit». In Deutschland seien damit meist türkisch-muslimische Gemeinschaften gemeint. Die Elite, die dagegen in Nobelvierteln wie Berlin-Dahlem unter sich bleibe und deren Mitglie-

der sich gegenseitig Vorteile verschafften, werde nicht so bezeichnet.

Wie auch immer: Die Angst vor Gegenden, in denen Migranten abgeschlossen von der Aussenwelt leben, ist verbreitet. Aber ist sie auch begründet? «Es ist nicht zu leugnen, dass einige Migrantenviertel in Europa zu sozialen Brennpunkten geworden sind», sagt Hein de Haas. Doch das seien Ausnahmen. Insgesamt habe die starke Zuwanderung in Europa nicht zur Isolation ganzer Gruppen geführt, und auch der Vergleich mit ethnisch stark segregierten Städten in den USA, der immer wieder angestellt werde, sei falsch.

De Haas stützt sich dabei auf eine unter Geografen verbreitete Kennzahl, die die Entmischung von Wohnvierteln misst: den Dissimilaritätsindex. Ein Wert von 0 bedeutet, dass alle Viertel einer Stadt exakt dieselbe ethnische Mischung aufweisen. Ein Wert von 100 steht für eine vollkommene Entmischung: Alle ethnischen Gruppen leben voneinander getrennt. Werte über 60 gelten unter Wissenschaftlern als hoch, Werte unter 30 als niedrig.

Dabei sehe man, dass die meisten europäischen Städte ein moderates Niveau hätten. In deutschen Städten wie Düsseldorf steht etwa der Index von Türken bei 30, in Paris für Algerier bei 23. «Das heisst nicht, dass die Probleme in einigen Pariser Vororten nicht real sind. Sie sind jedoch nicht repräsentativ für die Erfahrung der Zuwanderer in Frankreich», sagt de Haas. Dort, wo sich eine Ghettobildung zeige (etwa im Stockholmer Stadtteil Rinkeby, wo 80 Prozent der Einwohner Ausländer sind), sei diese ein Resultat einer verfehlten Wohnbaupolitik.

Wobei: Es kann für die Integration einer Zuwanderergruppe auch förderlich sein, wenn sie sich an einem Ort konzentriert. «Das ist ein erster Kundenstamm für Unternehmer, und Unternehmertum ist ein wichtiger Weg in die wirtschaftliche und soziale Mobilität von Migranten und Minderheiten», sagt de Haas. Aus der Geschichte von Migrantenvierteln wisse man: «Sobald die Zuwanderer in die Mittelschicht aufgestiegen sind, ziehen sie in der Regel in wohlhabendere Stadtteile um.»

Auch in der Schweiz wurde die Entmischung untersucht. Laut dem Bundesamt für Statistik hat sich zumindest die räumliche Integration der Zuwanderer in den Städten zwischen 2011 und 2017 verbessert. In Zürich etwa liegt der Dissimilaritätsindex über alle Ausländergruppen betrachtet bei 14.

Alles kein Problem also? Nein, sagt die SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann. «Wenn ich mir anschau, wie in der Schweiz die Eritreer leben, ist das für mich absolut eine Parallelgesellschaft, auch wenn sie sich nicht an einem Ort konzentrieren.» Die Mitglieder der Gemeinschaft lebten isoliert und seien überdies extrem abhängig von Sozialhilfe. Das sei kein Vergleich zu früheren Einwanderern, die sich gut integriert hätten - etwa den Ex-Jugoslawen.

Verbreitete Mythen, falsche Annahmen, Missverständnisse: Wenn es um Migration geht, stecken für Hein de Haas letztlich alle freiheitlichen Demokratien im gleichen Trilemma. Da ist erstens der Wunsch, die Zuwanderung zu kontrollieren. Da ist zweitens die Nachfrage der Wirtschaft nach mehr Arbeitskräften. Und da ist drittens der Schutz der Menschenrechte der Migranten.

Eine Gesellschaft könne nur versuchen, diese widersprüchlichen Ziele immer wieder neu auszuhandeln. Sie alle gleichzeitig zu erfüllen: Das scheint unmöglich.

## WO OSTERN ZUHAUSE IST

Im Sprüngli-Wunderland